



---

**Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft,  
Forsten und Naturschutz**

37. Sitzung (nicht öffentlich)

12. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.35 Uhr

Vorsitz: Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Kosten der Fleisch- und Geflügelfleischhygiene (Fleisch- und Geflügelfleischhygienekostengesetz - FLGFLHKostG NW)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3154  
Vorlage 12/2366

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz lehnt den Antrag von Herrn Martsch, bezüglich der Beleihung zunächst den Versuch aus Bayern abzuwarten und auszuwerten, mit den Stimmen der CDU-Fraktion (8) gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (8) bei Nichtbeteiligung des Karl-Heinz Rusche (SPD) ab.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die Ministerin aufzufordern, einen Modellversuch in Nordrhein-Westfalen bezüglich der Beleihung auf den Weg zu bringen, wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (8) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion (8) bei Enthaltung des Karl-Heinz Rusche (SPD) abgelehnt.

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)**

17

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3300

Vorlagen 12/2174, 12/2175 und 12/2261

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz erläutert mit den Vertretern des Ministeriums Fragen zum Haushaltsentwurf. Beschlüsse werden noch nicht gefaßt.

- 3 Erlaßentwurf über Entgelte für tätige Mithilfe der Forstbehörden bei der Bewirtschaftung des Körperschafts- und Privatwaldes (Entgeltordnung 98)**

Vorlage 12/2296

31

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz beschließt am 26. November 1998 eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen.

- 4 Kartoffelanbau in NRW unter Wasser - Wie funktioniert das Entschädigungsmodell in den Niederlanden?**

31

An einen Bericht der Ministerin Bärbel Höhn schließt sich eine Aussprache an.

**5      Verschiedenes**

35

Der Ausschuß stimmt das weitere Verfahren bezüglich einer  
Beschlußfassung zur Kälbertransportverordnung ab.

\*\*\*\*\*



Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft,  
Forsten und Naturschutz  
37. Sitzung (nicht öffentlich)

12.11.1998  
sd-mj

Im Moment wolle man sich an einer politischen Entscheidung vorbeimogeln und dem Ministerium Aufträge erteilen. Er bitte darum, über den Vorschlag abzustimmen, zunächst den Versuch aus Bayern abzuwarten und auszuwerten.

Der **Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz lehnt den Antrag von Herrn Martsch** mit den Stimmen der CDU-Fraktion (8) gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (8) bei Nichtbeteiligung des Karl-Heinz Rusche (SPD) **ab**.

Der **Antrag der CDU-Fraktion**, die Ministerin aufzufordern, einen Modellversuch in Nordrhein-Westfalen bezüglich der Beleihung auf den Weg zu bringen, wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (8) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion (8) bei Enthaltung des Karl-Heinz Rusche (SPD) **abgelehnt**.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3300

Vorlagen 12/2174, 12/2175 und 12/2261

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

**Eckhard Uhlenberg (CDU)** kommt darauf zu sprechen, daß die Zahlen aufgrund einer Nachlieferung noch verändert würden. Er frage, inwieweit der Einzelplan 10 verbindlich sei.

**Ministerin Bärbel Höhn** gibt an, die Positionen des MURL und der Landwirtschaft würden nur minimal aufgrund des Nachtrags verändert. Da gehe es beispielsweise um überbetriebliche Maßnahmen, Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen. Sie würden um 100 000 DM erhöht.

Die Informationskampagne zu gesunden Nahrungsmitteln werde um 75 000 DM aufgestockt. Es gehe nur um kleine Beträge.

Im übrigen habe das Kabinett noch nicht darüber beraten. Insofern könne sie die genauen Zahlen noch nicht nennen. Im Prinzip würden aber nur kleine Positionen tangiert.

Nach einer Zusatzfrage von **Eckhard Uhlenberg (CDU)** fährt **Ministerin Bärbel Höhn** fort, für den gesamten Haushalt gehe es um zirka 1,8 Millionen DM Veränderungen. Das Volumen

insgesamt betrage ja 1,8 Milliarden DM. Von daher würden 0,1% des Haushaltes noch einmal angetastet.

**Eckhard Uhlenberg (CDU)** macht darauf aufmerksam, daß für die Öffentlichkeitsarbeit trotz aller Appelle deutlich mehr Geld eingesetzt werde. Er frage, ob das in die politische Landschaft passe.

In Kapitel 10 030 - **Agrarwirtschaft, Forsten und Naturschutz und Landschaftspflege - Titelgruppe 67 "Maßnahmen zur regionalen Vermarktung und ökologischen Ausrichtungen der Landnutzung"** habe die Ist-Ausgabe 1997 noch 4,3 Millionen DM betragen. Der Haushaltsansatz 1999 betrage 12 Millionen DM. Er bitte um Stellungnahme.

**Ministerin Bärbel Höhn** führt aus, das Programm sei 1997 angelaufen. 1997 habe nur ein kleiner Teil abfließen können. Das Programm werde immer stärker angenommen. Von daher werde der Haushaltsansatz weiter erhöht. Es sei mit mehr Anträgen zu rechnen. Unter der Titelgruppe 67 verstecke sich auch das Programm regionale Vermarktung.

**Eckhard Uhlenberg (CDU)** bittet um Auskunft über den Mittelabfluß 1998.

Für das Uferrandstreifenprogramm würden 50 000 DM weniger eingesetzt. Auch da bitte er um Begründung.

Für gefährdete Haustierrassen seien im nächsten Jahr über 700 000 DM vorgesehen. Ihn interessiere, um welche es sich da handele.

**Ministerin Bärbel Höhn** meint, angesichts der detaillierten Fragen sei sie nicht in der Lage, ad hoc eine Antwort zu geben. Auch der Staatssekretär sei nicht in der Lage, die Erklärungen aus dem Stegreif herauszusuchen. Eine Beantwortung dauere etwas Zeit. Sie schlage vor, die genauen Fragen aufzulisten, damit das Ministerium die Beantwortung schnellstmöglich vornehmen könne.

Was die Ist-Zahlen 1997 der Titelgruppe 67 angehe, so habe das Ministerium eine detaillierte Aufstellung geliefert. Darin seien alle Zahlen enthalten.

**Vorsitzender Heinrich Kruse** erwidert, sicherlich könnten die Ministerin oder der Staatssekretär die Fragen nicht aus dem Stand beantworten. Er akzeptiere allerdings nicht, daß irgendwelche Fragen möglicherweise nicht in den Ausschuß gehörten. Jede Frage dürfe hier gestellt werden. Ob sie beantwortet werden könne, sei eine zweite Frage.

**Horst Steinkühler (SPD)** kommt darauf zu sprechen, daß die Stelle des Gartenbaureferenten seit längerer Zeit vakant sei. Die Gartenbauverbände äußerten einen gewissen Unmut. Sie hätten im MURL keinen, an den sie sich direkt wenden könnten. Der Abteilungsleiter sei in Richtung Bonn abgewandert. Sie fühlten sich benachteiligt. Er frage, wann die Stelle besetzt werden solle.

Es gebe eine Ansprechperson, Herrn Blecke, antwortet **Ministerin Bärbel Höhn**. Er stehe in dem Referat zur Verfügung.

Man habe jedoch keinen Referatsleiter in diesem Bereich. Die Gartenbauverbände wollten gerne einen Referatsleiter. Hier spiele die Problematik Verschlangung von Verwaltung eine Rolle. Jedes Jahr müßten 2 % Personal abgebaut werden. Die Stelle müsse man irgendwo herholen. Sie sei da in einer Zwickmühle. Wenn alles so bleiben solle, wie es sei, könne man nicht gleichzeitig jedes Jahr 2 % Personal abbauen. Das Personal könne auch nicht immer nur bei den Sachbearbeitern und beim Schreibdienst abgebaut werden, sondern auch in obereren Kategorien. Von daher sei dieses Referat noch nicht besetzt worden.

Es gehe hier um einen wichtigen Marktbereich. In Nordrhein-Westfalen habe das Ministerium eine Abteilung Landwirtschaft. Andere Länder hätten ein Ministerium Landwirtschaft. Das Ministerium sei schon sowieso in einer äußerst knappen Personalausstattung. Das MURL sei eines der Ministerien in der Bundesrepublik, das am wenigsten Personal zur Verfügung habe. Die Personaldecke gerade in der Abteilung Landwirtschaft sei knapp. Sie sehe jedoch die Notwendigkeit. Deshalb habe sie versucht, einen Ansprechpartner zu finden. Das werde nicht über einen Referatsleiter gehen. Jetzt werde versucht, noch einen anderen Ansprechpartner zu bekommen.

Nun gebe es mehrere Staatssekretäre aus NRW auf Bundesebene, die aus ihrem Ministerium stammten. Das möge seine Vorteile bei Agrarministerkonferenzen haben. Was die Problematik Ost und West angehe, so werde versucht, über die alten Kontakte Lösungen zu finden, was durchaus vorteilhaft für die Landwirtschaft sein könne.

Die Abteilungsleiterfunktion solle möglichst schnell wieder besetzt werden.

**Staatssekretär Dr. Griese (MURL)** macht darauf aufmerksam, daß innerhalb der Titelgruppe 67 das Uferrandstreifenprogramm, die gefährdeten Haustierarten und anderes finanziert würden. Bei den 12 Millionen DM handele es sich nicht ausschließlich um regionale Vermarktung. Neben der regulären Vermarktung seien das Schulmilchprogramm oder die Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig abgedeckt.

Alle Positionen seien untereinander deckungsfähig, was bedeute, daß man beim Uferrandstreifenprogramm beispielsweise keinen Antrag abweisen müsse, wenn mehr Anträge gestellt würden als im Haushalt vorgesehen sei. Das Problem beim Uferrandstreifenprogramm sei, daß die EU durch Absenkung der erlaubten Förderbeträge vor einigen Jahren zu einer Akzeptanzverminderung des Programms beigetragen habe. Das sei bedauerlich.

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft,  
Forsten und Naturschutz  
37. Sitzung (nicht öffentlich)

12.11.1998

sd-mj

Das Ministerium habe deutlich gemacht, daß man bessere Fördermöglichkeiten brauche, um eine Akzeptanz des Programms zu erreichen. Gegenwärtig seien die Förderkonditionen so, daß sie nicht attraktiv genug seien. Die entsprechende EU-Richtlinie erlaube im Moment nicht, bessere Förderkonditionen zu geben, auch nicht im Wege des nationalen Alleingangs.

Was die gefährdeten Haustierrassen angehe, so sei der kalkulatorische Ansatz deutlich erhöht worden. Der Grund sei darin zu sehen, daß eine vermehrte Inanspruchnahme erwartet werde, weil ein entsprechendes Programm bei der EU habe notifiziert werden können. Es werde damit gerechnet, daß es auch in Anspruch genommen werde. Auch da bestehe zu allen anderen Positionen Deckungsfähigkeit. Am Ende werde man sehen, ob es entsprechende Anträge gebe oder ob das Geld woanders eingesetzt werden könne.

**Eckhard Uhlenberg (CDU)** bittet die Ministerin, den Mittelabfluß bis 30.09. aufzustellen. Sicher gebe es einen Zusammenhang zwischen dem Mittelabfluß 1998 und dem Ansatz für 1999.

Klar sei, daß die Ansätze untereinander deckungsfähig seien. Im vorigen Jahr habe man feststellen können, daß die Mittel für die Erzeugerringe und die Milchleistungsprüfung in Nordrhein-Westfalen nach dem Entwurf deutlich hätten reduziert werden sollen. Die CDU-Fraktion habe damals den Antrag gestellt, den Erzeugerringen das Geld zu geben, damit sie ihre Arbeit fortsetzen könnten. Die Anträge seien im Ausschuß abgelehnt worden. Trotzdem hätten sie Gelder bekommen. Daraus habe er geschlossen, daß die Maßnahmen untereinander deckungsgleich seien.

**Ministerin Bärbel Höhn** meint, das, was bis 30.09. abgeflossen sei, schaffe nur ein verzerrtes Bild. Entscheidend sei, was bis dahin bewilligt worden sei.

Bei der Gewässerunterhaltung zweiter Ordnung würde am 30.09. stehen, daß Null abgeflossen sei. Daraus würde folgen, man setze den Ansatz auf Null. Bis zum 30.09. sei viel bewilligt worden. In vielen Positionen fließe aber sehr viel mehr am Ende des Jahres ab als am Anfang. Das sei logisch.

Am Anfang würden die Anträge gestellt. Im ersten Quartal fließe fast gar nichts ab, im zweiten, dritten und vierten fließe dann immer mehr ab. Am 30.09. seien natürlich schon viel bewilligt, aber noch nicht viel abgeflossen.

Bei der Gewässerunterhaltung zweiter Ordnung fließe das meiste im November ab. Bei anderen Positionen sei das genauso. Die Anträge würden im Juni gestellt. Sie würden bewilligt. Das Geld sei blockiert. Es sei aber noch nicht ausgezahlt. Man müsse jeweils abfragen, was bewilligt sei und was schon abgeflossen sei. Das wäre ein riesen Aufwand. Am Ende des Jahres werde ein Schnitt gemacht. Die Zahlen würden festgestellt. Sie würden den Abgeordneten auch übermittelt.

Das Ministerium habe zunehmende Arbeit zu leisten. Es solle immer schlanker werden. Tausend Stellen habe sie abgebaut. 13 % ihrer Stellen seien in den letzten Jahren weggefallen. Man komme an eine Kapazitätsgrenze dessen, was man noch leisten könne.

Wenn man sich die Aussagekraft der Zahlen vom 30.09. vor Augen führe und den Aufwand, der damit verbunden sei, so könne sie auch gar nicht sagen, wann man die liefern könne, wahrscheinlich nicht viel früher als die anderen Zahlen, die sowieso am Ende des Jahres aufgelistet würden. Sie könne nicht auf der einen Seite 13 % Personal abbauen und gleichzeitig Arbeiten durchführen, die einen Riesenaufwand nach sie zögen.

**Silke Mackenthun (GRÜNE)** spricht sich dagegen aus, unnötig Personal zu binden, um Zahlen herauszusuchen, die keinen Nutzen hätten.

Der Staatssekretär habe deutlich gemacht, daß sich die Rahmenbedingungen geändert hätten. Mit dem Programm Haustierrassen werde etwas für die Zukunft geschaffen.

**Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD)** hält die Fragestellung von Herrn Uhlenberg für nachvollziehbar. Nur erscheine das Vorhaben nicht praktikabel, weil Bewilligung und Mittelabfluß zweierlei Dinge seien.

Am 31.12. werde der Schnitt gemacht. Dann lägen die Zahlen vor. Sie sehe es als großes Problem an, daß erst im Sommer die Ist-Zahlen des vergangenen Jahres vorlägen. Sie bitte darum, möglichst im Januar oder Februar die kompletten Zahlen zur Verfügung zu stellen. Dann hätten die Abgeordneten auch die Möglichkeit, inhaltlich zu diskutieren. Man hätte eine Basis für die Aufstellung des nächsten Haushaltes.

**Eckhard Uhlenberg (CDU)** merkt an, die Sprecherin der GRÜNEN habe immer die gleichen Wünsche und die gleiche Ansicht wie die Ministerin.

Er spreche für seine Fraktion und weise darauf hin, daß die Haushaltsgesetzgebung und die Haushaltsplanberatungen eine der vornehmsten Aufgaben des Parlamentes seien. Dazu gehöre auch, daß entsprechendes Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt werde.

Zum zweiten Mal hintereinander müsse man erleben, daß ein Haushaltsplanentwurf nicht in Gänze vorgelegt werde, sondern daß bei den entscheidenden Haushaltsberatungen mitgeteilt werde, daß es eine Nachlieferung gebe - in welcher Größenordnung auch immer.

Die Zahlen zum 30.09. stünden alle im Computer. Er erwarte nicht mehr, als daß diese Zahlen dem Parlament zur Verfügung gestellt würden. Wenn die GRÜNE-Fraktion keinen Wert darauf lege, möge es dafür Gründe geben.

Er halte es nicht für nachvollziehbar, daß, wenn Zahlen im Ministerium zur Verfügung stünden, diese angeblich nicht zur Verfügung gestellt werden könnten, weil speziell für diesen Bereich das Personal fehle. Die Ministerin setze für alle möglichen anderen Aktivitäten ihr Personal von morgens bis abends ein. Wenn das Parlament aber Fragen habe, werde erklärt,

daß dem Ministerium ständig Personal weggenommen werde. Die Wünsche der Opposition gingen zu weit. Dann könne man die Haushaltsplanberatungen auch einstellen.

Bei den anderen Positionen werde erklärt, sie seien untereinander deckungsfähig. Wichtige Eckdaten würden nicht zur Verfügung gestellt.

**Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD)** äußert, es nütze überhaupt nichts, wenn Zahlen vorgelegt würden, die nicht relevant seien.

Die Ist-Zahlen des Jahres 1997 stünden in dem Entwurf. Die Zahlen vom 30.09. nützten wenig für eine Beurteilung. Man könne nur Tendenzen feststellen, eventuell politische Bewertungen vornehmen. Man brauche die Zahlen zum 31.12., wenn man das realistisch sehen wolle. Da gehe es ja nicht nur um Arbeit des Ministeriums, sondern der Kammern und anderer Institutionen. Sie wolle auch die Zahlen, aber keinen unnötigen Aufwand.

**Ministerin Bärbel Höhn** gibt an, die Liste der Zahlen liege Ende Januar/Anfang Februar vor. Sie könne dem Ausschuß zusagen, die Zahlen spätestens Anfang März zu liefern.

An Herrn Uhlenberg gewandt, wiederholt die Rednerin, bei der einzelbetrieblichen Förderung würden Anfang des Jahres die Anträge gestellt. Sie würden dann bewilligt. Wenn die Vorhaben realisiert seien, könnten die Gelder erst ausgezahlt werden. Aus Haushaltsklarheitsgründen müsse man zunächst einmal nachweisen, daß Gelder ausgegeben worden seien. Wenn die Rechnung vorliege, werde das Geld ausgezahlt.

Gerade in der Landwirtschaft handele es sich um langfristige Vorhaben, was von Beantragung der Mittel bis zur Auszahlung das ganze Jahr in Anspruch nehme. Ende September würde man Werte bekommen, die nichts aussagten.

Sie sei bereit, Transparenz da zu übermitteln, wo sie es könne, und so früh wie möglich Zahlen zur Verfügung stellen.

**Albert Leifert (CDU)** legt dar, in **Kapitel 10 460 - Nordrhein-Westfälisches Landgestüt** - würden Einnahmемinderungen erwartet, die hauptsächlich auf einer Reduzierung der Einnahmen der Reitschule basierten. Es gehe um 80 000 DM. Er bitte um Erläuterung.

In den Erläuterungen - Vorlage 12/2174 - heiße es, wie wichtig das Landgestüt für Profi- und Freizeitpferdezucht sei. Nun gebe es eine Organisationsuntersuchung, die eine neue Personalstruktur nach sich ziehe. 20 kw-Vermerke seien ausgebracht worden. Insgesamt gebe es einschließlich Ausbildungsstellen 84 Stellen, davon seien 52 Beamte, 9 Angestellte, 6 Arbeiter und 17 Azubis. Er finde es sehr positiv, daß es jetzt einige weibliche Auszubildende beim Landgestüt gebe. Er frage, wie die neue Personalstruktur aussehe.

Wenn 24 kw-Vermerke ausgebracht seien, handele es sich um eine erhebliche Strukturänderung. Er nehme an, daß das Niveau und die Qualität des Gestüts erhalten bleiben solle.

Er frage, welche Personalstruktur nach Verwirklichung der kw-Vermerke herauskomme und welche Stellen angepeilt seien. Er wüßte gerne, was der Personalrat dazu gesagt habe.

Der Redner möchte wissen, worin die vorjährigen Überschätzungen begründet seien.

Wegen Haushaltsklarheit und -wahrheit sollte man keine fiktiven Zahlen nennen, die am Ende nicht in der Realität Bestand hätten, erwidert **Ministerin Bärbel Höhn**. Der Haushaltsansatz sei gesenkt worden, um den realistischen Einnahmen zu entsprechen.

Sie bedauere, daß die zuständigen Beamten des Ministeriums nicht anwesend seien. Sie könne nicht genau erklären, warum die Einnahmen bei der Reitschule in den letzten Jahren höher angesetzt gewesen seien, als es der Realität entsprochen habe. Sie bitte, solche Fragen aufzulisten, um sie detailliert beantworten zu können.

Im Lande werde immer gesagt, das Defizit beim Landgestüt würde angeblich steigen, legt **Albert Leifert (CDU)** dar. Im eigentlich Gestütbereich steige das Defizit sicher nicht. Er frage, welcher Bereich betroffen sei.

**Anmerkung des Protokolls:** Die Ausführungen der Ministerin werden - entsprechend einer Bitte des **Albert Leifert (CDU)** - wörtlich wiedergegeben.

**Ministerin Bärbel Höhn** führt aus:

Wir haben überlegt, welche Folgen es hätte, wenn wir das Landgestüt privatisieren würden. Ich sage immer: Privatisierung muß nicht immer sinnvoll sein. Wenn wir das Landgestüt so privatisieren würden, wie wir es ursprünglich vorgesehen hatten, würde das zu enormen Kostensteigerungen bei der Versicherung führen.

Für alles, was der Landesregierung angehört, ist eine große Versicherung abgeschlossen. Wenn wir einzelne Einrichtungen privatisieren, müssen wir die Versicherungen selber abschließen. Das führt zu zusätzlichen Kosten, die bei einer Privatisierung auf uns zukommen würden, die aber bei dem großen Abschluß aller Versicherungen nicht so ins Gewicht fallen. Dadurch hätte sich das Defizit des Landgestüts noch weiter erhöht.

In der ersten Vorlage wurden die Belastungen, die durch Pensionsleistungen entstehen, direkt auf die Privatisierung bezogen. Sie waren bisher im allgemeinen Haushalt verschwunden. Wenn man über eine Privatisierung nachdenkt, macht es keinen Sinn, anfallende Pensionierungslasten der Privatisierung zuzurechnen, wenn diese Lasten vorher aber im gesamten Haushalt verschwanden. Ich bitte Sie, diese Zahlen jetzt wegzurechnen, um vergleichbare Zahlen zu haben. Die Kosten fallen ja sowieso an - in welcher Form man dieses auch immer hat.

Versicherungsbeiträge, die bei den teilweise sehr alten und sehr schönen Gebäuden, anfallen, sind enorm hoch. Das war die Diskussion über das Defizit.

Der Grund, warum wir gesagt haben, wir wollten zunächst nicht privatisieren, sondern nachsehen, welche anderen Lösungen es gibt, ist dadurch zu erklären, daß festgestellt wurde, daß plötzlich Kosten auftauchen, die nicht entstehen, wenn wir das als Landgestüt so weiter behalten. Darum haben wir von einer Privatisierung abgesehen.

Wenn wir den Stützpunkt Warendorf auch in seiner wirtschaftlichen Bedeutung für die Pferdewirtschaft erhalten wollen, gehört es dazu, daß wir das Aushängeschild Landgestüt vorweisen, gleichzeitig aber auch die Deutsche Reitschule mit anbinden. In eine Ausbildung stecken Sie immer etwas hinein. Sie ist in der Regel defizitär. Das bekommt man in der Regel nicht kostendeckend hin. Das ist Nachwuchsausbildung, die da passiert, was wir in anderen Bereichen ja auch machen. Für Ausbildungsplätze in anderen Bereichen zahlen wir auch etwas.

Momentan haben wir u. a. ein kleines wirtschaftliches Problem beim Landgestüt, das liegt darin, daß wir durch die Pferde aus Osteuropa eine veränderte Preisstruktur auf dem Pferdemarkt haben. Das wirkt sich negativ auf die Nachfrage und den Verkauf von Pferden aus. Die Zahl der Bedeckungen geht zurück. Es gibt einfach eine größere Konkurrenz auf dem Markt. Es gibt auch gute Pferde aus Osteuropa, die auf den Markt drängen. Von daher haben wir eine schwierigere Einkommenssituation im Landgestüt. Diese Situation wird aber in einigen Punkten dadurch gemildert, daß wir im Landgestüt neue Wege gegangen sind.

Wie Sie wissen, beteiligen sich nun die Pferde des Landgestüts erfolgreich an Turnieren. Die Pferde werden dadurch weltweit bekannter. Damit steigt der züchterische Wert dieser Pferde. Dadurch steigen auch die Einnahmen, die wir beispielsweise durch Besamungen bekommen.

Wir haben versucht, die Veränderung des Marktes im wesentlichen dadurch aufzufangen, daß wir mehr mit dem Landgestüt an die Öffentlichkeit gegangen sind und die Qualität gezeigt haben, die wir vorhalten. Insofern haben wir versucht, durch neue Wege beim Landgestüt die schwierigere Wirtschaftslage aufzufangen. Das ist uns in wesentlichen Punkten auch durch die erfolgreiche Arbeit von Frau Rimkus gelungen.

Das Landgestüt ist nicht gefährdet. Mittlerweile haben alle im Kabinett erkannt, was dieses Landgestüt mit der Deutschen Reitschule zusammen für einen Wirtschaftsfaktor in der Pferdewirtschaft bedeutet. Wer diesen Wirtschaftsfaktor aufgeben würde, der würde nicht nur das Landgestüt verlieren, sondern würden einen wesentlichen Bereich der Pferdewirtschaft aus Nordrhein-Westfalen in andere Bundesländer abziehen lassen.

Ich habe das in einer Diskussion im Kabinett deutlich dargestellt: Der Wirtschaftsfaktor Landgestüt ist nicht nur für die Region, sondern für das ganze Land wichtig. Das ist auch anderen Kabinettsmitgliedern klar geworden, die das vorher vielleicht aufgrund der nicht vorhandenen Kenntnisse anders gesehen haben. Das Landgestüt ist in seiner Existenz nicht gefährdet.

Privatisierung würde in diesem Fall zunächst einmal erhebliche zusätzliche Kosten für das Landgestüt bedeuten. Man muß überlegen, ob die Privatisierung etwas bringt oder ob wir im vorliegenden Rahmen die hohen Kosten vermeiden können. Wir versuchen, über andere Einnahmestrukturen die Defizite des Landgestüts auszugleichen. Auch in den Kommunen wird versucht, die wirtschaftliche Betätigung zu verbessern, etwa durch Experimentierklauseln. Wir versuchen, mehr Luft zu schaffen, auch für die betriebswirtschaftliche Kalkulation.

Bisher war in den Gebührenverordnungen gar nicht vorgesehen, daß je nach Qualität der Hengste unterschiedliche Besamungskosten anfallen. Es ist klar, daß man über die Spitzenpferde mehr Einnahmen erzielen kann als mit Pferden, die irgendwo in der Mitte laufen. Wir haben versucht, die Verordnung großzügig auszulegen, um das wirtschaftliche Gewicht der Pferde mit einzubringen. Durch diese Umstellung ist es gelungen, das Landgestüt auf eine wirtschaftlich bessere Basis zu stellen.

Die Diskussion über Defizite hat eher mit der angestrebten Betriebsform zu tun. Darüber muß auch noch einmal nachgedacht werden.

Ich komme zum BDO-Gutachten und dem Abbau von kw-Stellen. Wir haben umstrukturiert und versucht, durch einen effizienteren Aufbau dieselbe Leistung zu erbringen, so daß wir das auch mit weniger Personal hinbekommen. Das hat teilweise zu großen Verwerfungen geführt. Man muß auch sehen, daß Organisationsgutachten teilweise weit weg von der Praxis sind.

Die Organisationsuntersucher haben einfach gesagt, daß man die Einnahmen dadurch steigern könne, daß man mehr Besamungen mache. Daß man aber einen bestimmten Markt brauche um das anzubieten, war ihnen nicht klar. Das ist auch eine Frage von der Zahl der Stuten je Besamungshengst. Denn das hatten die nicht mit eingeplant.

Ein anderer Punkt war der Vorschlag, die Stelle des Hufschmiedes herauszustreichen. Das war absolut unmöglich, weil dann die Gelder, die für die Leistung aufgewendet werden müßten, um sie von irgendwoher zu holen, viel höher sind, als wenn man das direkt vor Ort macht.

Wir sehen: Organisationsuntersucher sind teilweise weit weg von dem, was in einem solchen Bereich passiert. Sie machen oft Vorschläge, die weit weg von der Praxis sind, die in der Praxis nahezu unmöglich umgesetzt werden können.

Frau Rimkus ist mit der schwierigen Situation auf eine hervorragende Art und Weise umgegangen. Sie versucht, in diesem Dickicht das Beste für das Landgestüt herauszuholen.

Anhand dieser Organisationsuntersuchung wurde klar, daß man in Zukunft mit Organisationsuntersuchungen anders umgehen muß, sich stärker an die Praxis, an die Beschäftigten anbinden muß, damit am Ende keine Vorschläge gemacht werden, die weder wirtschaftlich noch praxisnah sind. Solche Erfahrungen machen wir bei Organisationsuntersuchungen. Viele Kommunen haben das bereits hinter sich. Die Kommunen sind da zum Teil weiter. Das ist bekannt. Aufgrund der Finanzsituation mußten

die Kommunen früher anfangen als das Land. Wir sollten aber aus diesen Erfahrungen lernen. Das haben wir in den neuen Organisationsuntersuchungen schon angewendet.

**Albert Leifert (CDU)** geht davon aus, daß die Personalstruktur, die im Haushalt genannt wird, auch die Personalstruktur der Zukunft ist. Ansonsten bitte er um Widerspruch.

Er bedanke sich für die Ausführungen. Die Fragen hätten sich gelohnt. Es stehe niedergeschrieben, daß das Landgestüt eine wichtige Einrichtung des Landes sei. Selbst der Finanzminister im Kabinett habe eingesehen, daß man Ausbildung in wichtigen Bereichen nicht ganz ohne Defizite durchführen könne. Ausbildung koste Geld.

Er sei froh darüber, daß aktenkundig gemacht worden sei, welche große Bedeutung diese Einrichtung für das Land und die Region habe.

**Ministerin Bärbel Höhn** teilt mit, daß im Kabinett darüber gesprochen worden sei. Von den 20 Stellen, die kw-gestellt worden seien, seien 10 realisiert. Von den 85 ausgewiesenen Stellen seien nur noch 10 Stellen kw-gestellt. Die anderen seien schon realisiert.

Von den 10 - das habe in der Kabinettsvorlage gestanden - sollten weiterhin 2 realisiert werden. Bei den anderen 8 sollte überprüft werden, ob man diese kw-Stellen nicht zurückziehen sollte. Die Kabinettsvorlage sei vertagt worden, weil sie in der Grundsubstanz - Überführung in Privatisierung - in Frage gestellt worden sei. Darüber müsse noch beschieden werden.

Fakt sei: Höchstens 10 kw-Stellen seien noch zu realisieren. Dabei sei aber die Frage, ob davon nicht einige aufgrund einer neuen Entscheidung des Kabinetts zurückgezogen würden.

**Clemens Pick (CDU)** kommt auf **Kapitel 10 260 - Landesforstverwaltung - Titel 125 12 - Einnahmen aus Holz** - zu sprechen. Die 2 Millionen DM Mindereinnahmen würden mit sinkenden Holzpreisen begründet. Darauf werde sich die Holzwirtschaft schnell einstellen und die Verhandlungen begleiten.

Er erinnere daran, daß die CDU-Fraktion in der Sitzung am 17.09.1998 in der Aktuellen Viertelstunde darum gebeten habe, dem Ausschuß die Soll- und Ist-Zahlen des Holzeinschlags der letzten Jahre mitzuteilen, damit auf dieser Grundlage eine weitere Bewertung vorgenommen werden könne. Er bitte darum, dies schriftlich nachzureichen.

In einer Zuschrift des Bundes Deutscher Forstleute - Zuschrift 12/2426 - werde auf die nach der Umorganisation zum 01.10.1995 geschaffenen neuen Dauerfunktionen hingewiesen, die angeblich ohne die erforderliche Personalbemessung aus dem vorhandenen Stellenpool bedient würden. Die Stellen würden im einzelnen aufgeführt. Er bitte um Stellungnahme.

Was den Einstellungskorridor betreffe, so frage er, inwieweit dieser in den letzten Jahren realisiert worden sei.

In der Sitzung des Ausschusses am 05.03. sei ein ausführlicher Bericht zur Situation der Landesforstverwaltung gegeben worden. Es sei gesagt worden, daß bezüglich der 36 kw-Stellen im gehobenen Dienst 1999 Entscheidungen getroffen würden, was die Umsetzung im Jahre 2000 angehe. Auch solle aufgrund der Ist-Werte dieses Jahres eine neue Personal-Soll-Bemessung vorgenommen werden. Er bitte um Erläuterung.

**Ministerin Bärbel Höhn** teilt mit, im Forstbereich sei ein großer Teil der kw-Stellen bereits realisiert worden. Dann bestehe auch die Möglichkeit eines Einstellungskorridors. Der Einstellungskorridor sei allerdings sehr schmal. Das führe zu massiven Verwerfungen.

Der Einstellungskorridor in der Forst 1999 betreffe 2 Stellen des gehobenen Dienstes, 1 Stelle des mittleren Dienstes und 7 Stellen des einfachen Dienstes. Dies sei der Einstellungskorridor, der aufgrund der erbrachten Stellen im Forstbereich 1998 zur Verfügung stehe. Es gebe keine Stelle im höheren Dienst, was darauf zurückzuführen sei, daß aufgrund der Altersstruktur die kw-Stellen des höheren Dienstes erst im Jahre 2010/2015 realisiert sein würden. Die Stelleninhaber seien noch sehr jung. Das bedeute, daß für den gesamten Bereich des höheren Forstes eine ganze Generation von Förstern - 20, 25 Jahre lang - nicht mehr eingestellt werden könne. Man könne keine Berufsperspektive bieten.

Das bedeute aber auch, daß die neuen Erkenntnisse der jetzigen Verwaltung verlorengingen. Es werde ähnlich sein wie im Schulbereich, wo über den Einstellungsstopp über Jahrzehnte veraltete Kollegien entstanden seien. Das sei ein Defizit. Sie habe mehrfach im Kabinett darauf hingewiesen, daß man vor einer dramatischen Situation stehe. Solche Nachteile entstünden bei Stellenabbau.

Wenn jede Stelle aus dem kw-Bereich realisiert werde, habe das zur Folge, daß in einigen Außenbereichen eine dramatische Unterbesetzung festzustellen sei. In anderen Außenstellen habe man eine gute Besetzung. Über das Landespersonalvertretungsgesetz sei es äußerst schwierig, die Leute von der einen gut besetzten Stelle in eine andere schlecht besetzte Stelle hinüberzuziehen. Das sei fast unmöglich. Von daher habe man dramatische Defizite in vielen Bereichen. Sie beklage das auch stark im Kabinett. Gerade im Forst gebe es hier dramatische Situationen.

Ihr Ministerium sei der Personalbestand in den letzten fünf Jahren von 7 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf 6 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern reduziert worden. Der Abbau betrage ungefähr 13 %. Das wirke sich dramatisch aus. Wenn man bedenke, daß der Personalbestand in der Landesverwaltung insgesamt fast noch derselbe sei, falle auf, daß bestimmte Ministerien besonders negativ betroffen seien. Drei Ministerien hätten einen richtigen Stellenabbau geschaffen: das Umweltministerium, das Bauministerium und das Finanzministerium. In diesen drei Ministerien habe ein nennenswerter großer Stellenabbau stattgefunden. Das sei von den anderen Ministerien im Prinzip aufgesogen worden.

Weil sie bereits soviel abgebaut habe, gehe sie mit Organisationsuntersuchungen ganz anders um. Hier gehe es um massive Einschränkungen der Dienstleistungen. Es sei nicht so einfach, wie viele sich das dächten.

Bezüglich der 36 kw-Stellen habe es innerhalb der Haushaltsberatungen darüber eine Entscheidung gegeben, daß die 36 kw-Stellen um ein Jahr verlängert würden. Danach werde aller Wahrscheinlichkeit nach keine Verlängerung mehr möglich sein. Das Jahr müsse genutzt werden, um nach Lösungen zu suchen, um zu sehen, wie man mit der Situation fertig werden könne.

Die Hoffnung, daß diese 36 kw-Stellen am Ende aufgehoben würden, sollte man nicht schüren. Man müsse überlegen, wie man mit dem Wegfall dieser 36 Stellen umgehe.

**Clemens Pick (CDU)** erinnert sich an eine Zusage des früheren Umweltministers Matthiesen, wonach dann, wenn im Beteuerungsbereich mehr Flächen akquiriert würden, über die Aufhebung dieser 36 kw-Stellen erneut verhandelt werden solle. Hier seien einige Leistungen erbracht worden. Er frage, ob die Zusage nicht mehr gelte.

Beim Einstellungskorridor gehe es um 7 Stellen des einfachen Dienstes - Waldarbeiterstellen. Er bezweifle, daß das richtig sei, wenn man dem Rechnung tragen wolle, daß neuere Erkenntnisse in die Landesforstverwaltung einfließen.

Waldarbeiter bilde man in drei Jahren aus. Man könne sie jederzeit schnell einstellen. Dort, wo es um aktuelles Wissen und Wissensvermittlung aus der Wissenschaft gehe, werde überhaupt nicht eingestellt. Er hielte es für besser zu überlegen, ob man die zur Verfügung stehenden Mittel nicht stärker für wissenschaftlich ausgebildete Mitarbeiter vorsehe.

Wenn man bei den Waldarbeitern 7 einstelle, sei das ein Beleg dafür, daß bei ihnen sehr viele Stellen abgebaut worden seien, entgegnet **Ministerin Bärbel Höhn**. Sie müßten ja auch ihre Arbeit tun.

Im höheren Dienst gebe es ja die Stellen. Dort seien auch mehr als zugebilligt werden könne. Diverse davon seien kw-gestellt worden. Man bekomme die Stellen aber noch lange nicht frei, weil auf ihnen junge Leute säßen.

Wenn man bei den Waldarbeitern noch weiter abbauen wollte, bekäme man massive Probleme mit den Personalräten. Die würden in Stufenverfahren gehen und vorbringen, daß die Arbeit nicht mehr geleistet werden könne. Man könne auch nicht einfach den Stellenkegel umdrehen, indem man Stellen aus dem unteren Bereich in den oberen verlege - dorthin, wo eine verhältnismäßig gute Besetzung zu finden sei. Die Aufgaben müßten im übrigen von den Beschäftigten noch erfüllt werden können. Natürlich werde versucht, bestimmte Arbeiten zu verlagern.

Zu den 36 kw-Stellen: In welcher Form sie vom damaligen Kabinett beschlossen worden seien, darüber gebe es unterschiedliche Interpretationen. Der Finanzminister sage, daß der Kabinettsbeschluß vollkommen anders zu interpretieren sei: Wenn die Betreuungsprozentwerte erreicht wären, sei keine Automatik gegeben. Dann würde nur über die Folge noch einmal nachgedacht. Sie versuche aber vehement, sich dieses Problems anzunehmen. Nur heute stehe das Land in einer anderen finanziellen Situation als vor fünf Jahren. Man müsse realistisch sehen, daß eher weitere Einsparungen vorgenommen würden.

Wenn im nachgeordneten Bereich noch einmal ein Drittel eingespart werden sollte, so müßten zumindest dort, wo Organisationsuntersuchungen erfolgt seien, deren Ergebnisse mit einbezogen werden. Ansonsten würde das bedeuten, daß selbst da, wo schon 15 % abgebaut worden sei, noch einmal 30 % abgebaut werde. Das gehe nicht.

**Abteilungsleiter Neiss (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft)** führt aus, bei den Einnahmeschätzungen seien zum einen die Vorgaben des Finanzministers, wonach bei Einnahmeschätzungen immer durch das veranschlagt werden dürfe, was sich aus den Ist-Ausgaben realistisch ergeben habe, von Bedeutung.

Wenn man die Ist-Ausgaben 97 betrachte - 44 Millionen -, stehe dies in direktem Bezug zum Ansatz 1999 mit 45 Millionen DM.

Beim Holzverkauf komme zum anderen hinzu, daß mögliche Marktentwicklungen zu beachten seien. Die Fachabteilung müsse zwei Jahre vorher die Einnahmehinweise in die Verwaltung einspeisen, um den Haushalt aufstellen zu können. Anfang 1997 werde geschätzt, was 1999 passiere.

Was den Einschlag betreffe, so seien in den letzten drei Jahren zwischen 570 000 Festmeter im Jahre 1994 und 470 000 Festmeter im Jahre 1997 eingeschlagen worden. Dies habe je nach Holzpreisumsatzerlösen für die Forstverwaltung zwischen 54 Millionen und 43 Millionen DM ergeben. Die Spannweite je Festmeter habe zwischen 87 DM und 73,50 DM betragen.

Im Haushalt 1997 hätten noch 52 Millionen als Zielmarke gestanden. In den gemeinsamen Dienstbesprechungen mit den Forstamtsleitern sei in Auswertung der Untersuchung über die Holzvorräte gemeinsam festgelegt worden, daß die Einschlagsquote im Staatswald, gemessen an der langjährigen mittleren Einschlagsquote der Jahre zuvor, um 100 000 Festmeter im Jahre 1997/1998 angehoben werden sollte.

Staatssekretär Dr. Griese habe in zwei Erlassen im Haushalt 1997 und 1998 die Mitarbeiter der Landesforstverwaltung, insbesondere die Forstamtsleiter daran erinnert, daß alle Anstrengungen unternommen werden müßten, um das Wirtschaftsziel für den Staatsforstbetrieb auch zu erreichen.

Nachdem die Holzvermarktung dezentralisiert worden sei - die Verantwortung liege ausschließlich beim Forstamtsleiter, aus guten und von allen Fraktionen getragenen Gründen -, gehe die Bewertung der Forstamtsleiter nach zwei Jahren unisono dahin, daß sich das Einschlagsziel, das sich aus den statistischen Vorratszahlen ergeben habe, angesichts der augenblicklichen Marktlage nicht so realisieren lasse. Man werde bei dem langjährigen Mittel eines Einschlags von 480 000 Festmetern - das mittelfristige Maß der letzten zehn Jahre - bleiben. Das ehrgeizige Ziel einer höheren Realisierung von Quoten, von etwa 100 000 Festmetern, lasse sich offensichtlich nicht verwirklichen. Auch in diesem Haushaltsjahr werde mit einer Größenordnung der Einnahmen von etwa 46 Millionen DM gerechnet, so daß sich der Ansatz für das kommende Jahr als zeitnah und realistisch geschätzt erweisen werde. Das ergebe sich aus der Abwicklung der derzeitigen Zahlen.

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft,  
Forsten und Naturschutz  
37. Sitzung (nicht öffentlich)

12.11.1998  
sd-mj

**Horst Steinkühler (SPD)** kommt auf die forstliche Dokumentationsstelle in Arnsberg zu sprechen. Er frage, ob deren Bestand gesichert sei.

Was den Abgang der LÖBF aus Münster angehe, so solle die Landesanstalt in Recklinghausen auf mehrere Gebäude verteilt werden. Angeblich werde aber überlegt, alles in einem Gebäude zusammenzufassen. Ein Investor habe Interesse zu bauen. Er frage, ob dieses Projekt im Jahre 2000 mit Hilfe von Verpflichtungsermächtigungen angegangen werde.

**Ministerin Bärbel Höhn** hält fest, bezüglich der forstlichen Dokumentationsstelle werde an einer Lösung gearbeitet. Inhaltlich werde dort hervorragende Arbeit geleistet. Diese werde überall anerkannt.

Leider könne man keine neue Stelle schaffen und müsse versuchen, die Arbeit zu halten. Das Problem sei aber erkannt.

**Staatssekretär Dr. Griese (MURL)** bestätigt, bezüglich der LÖBF werde eine gemeinsame Unterbringung angestrebt. Zu diesem Zweck solle die Nutzung eines Gebäudes und eines neu zu errichtenden Teilgebäudes in Recklinghausen stattfinden. Es hätten Verhandlungen mit dem Finanzministerium stattgefunden, die auch den Ergänzungshaushalt betreffen.

Die Notwendigkeit werde eingesehen. Es gehe aber um die Frage der zeitlichen Realisierung. Bestreben des MURL sei es, das möglichst bald zu realisieren.

Auf jeden Fall habe der Finanzminister zugesichert, daß das Vorhaben, wenn nicht im Jahre 1999, im Jahre 2000 mit allererster Priorität durchgeführt werde. Er hoffe, daß mit diesem Modell, das die LÖBF mit erstellt habe, gearbeitet werden könne.

**Horst Steinkühler (SPD)** kommt auf eine Diskussion bezüglich der Regionale in Zusammenhang mit der Landesgartenschau zu sprechen. In Oeynhausen/Löhne habe man im Moment wohl Finanzprobleme. Es werde behauptet, daß Oeynhausen/Löhne gezwungen worden sei, für die Landesgartenschau 2000 einzuspringen, weil eine andere Kommune abgesprungen sei.

Dieser Tatbestand sei ihr nicht bekannt, erwidert **Ministerin Bärbel Höhn**. Sie wolle sich aber erkundigen, ob das zutreffe.

**Heinrich Dietmar Borcharding (SPD)** stellt heraus, es werde behauptet, daß die Städte für Aachen eingesprungen seien. Das könne aber nicht korrekt sein. Bevor nämlich eine Entscheidung getroffen worden sei, habe die Ministerin lang und breit mit den Bewerbern diskutiert. Sie habe auch mit der Regierungspräsidentin gesprochen. Dann sei die Entscheidung zugunsten von Oeynhausen/Löhne ausgefallen. Da scheine Legende zu entstehen.

Probleme gebe es im Moment im übrigen hinsichtlich der Mittel zum Radwegebau. Sie reichten offensichtlich nicht aus, um bestimmte Pfade oder Brückenwerke finanzieren zu können.

**3 Erlaßentwurf über Entgelte für tätige Mithilfe der Forstbehörden bei der Bewirtschaftung des Körperschafts- und Privatwaldes (Entgeltordnung 98)**

Vorlage 12/2296

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz beschließt, am 26. November 1998 eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen.

**4 Kartoffelanbau in NRW unter Wasser - Wie funktioniert das Entschädigungsmodell in den Niederlanden?**

Ministerin Bärbel Höhn führt aus:

Meine Damen und Herren! In den Niederlanden gibt es Pläne bezüglich der Hilfestellungen bei Ernteschäden. Das Inkrafttreten eines Gesetzes in bezug auf die Regelung der Ernteschäden wird nach Auskunft der niederländischen Botschaft aber noch einige Zeit auf sich warten lassen, da Einzelheiten noch festgelegt werden müssen. Wie stellt sich die Situation dar, und wie wollen die Niederlande darauf reagieren?

Grundsätzlich erfolgen in den Niederlanden Hilfen im Schadensfall nach zwei verschiedenen Systemen. Zum einen handelt es sich um eine Katastrophenhilfe, die sogenannte WTS-Regelung, für Gebiete, in denen starke Niederschläge von mehr als 75 Millimetern in zwei Tagen gefallen sind oder in denen in einem bestimmten Zeitraum eine Niederschlagsmenge erreicht wurde, die theoretisch nur alle 125 Jahre vorkommt. Diese Regelung gilt nur in konkret begrenzten Gebieten im Südwesten, im Nord-Ost-Polder, Drenthe und Oberijssel. Sie gilt dort für Schäden verschiedenster Art in allen gewerblichen Betrieben einschließlich der Landwirtschaft. Federführend in das Innenministerium.

Daneben existiert für den Rest der Niederlande eine spezielle landwirtschaftliche Ernte Schadensregulierung an eine bereits 1993 und 1994 in ähnlicher Weise praktizierte Beihilfe. Diese wird federführend vom Landwirtschaftsministerium durchgeführt. Für beide Regelungen gilt, daß sie nicht auf Kartoffeln beschränkt sind, sondern Schäden an allen landwirtschaftlichen Kulturen erfassen.